

Laut Wörterbuch bezeichnet man mit Slums die verwahten und langsam verfallenden Teile einer Stadt, die meist von sehr armen Leuten oder städtischen Zuwanderern bewohnt werden. Eingeschlossen in den Begriff sind auch die informellen Siedlungen und die für alle diese Gebiete charakteristische unzureichende Infrastruktur. Die politische Argumentation aber versieht die Slums mit negativen emotionalen Beiwerten. Man spricht von: Vernachlässigung, Schmutz, Krankheit, Gefahr, Verzweiflung, Entwürdigung, Kriminalität, Abscheu, Angst. Die Beispiele im Text widerlegen solche Beiwerte anhand von Schicksalen.

## „... um nie wieder die Rückseite der Stadt zu verachten...“

Text: Robert Neuwirth

Der Polizist ging schnellen Schrittes durch die Siedlung. An den Kreuzungen hielt er die Leiter, damit der Elektriker hochsteigen und die Drähte kappen konnte. Die letzten Bewohner schnürten gerade ihre Habseligkeiten auf Fahrräder, um den Ort endgültig zu verlassen. Unter den Augen des Gesetzes rissen Lumpensammler die Isolatoren ab und streiften das Isolierungsmaterial von den Leitungen, die der Elektriker zerschnitten hatte.

Mit dem Kappen der Stromleitungen wurde Anfang Oktober 2007 das Ende von Liede Village besiegelt, einer kleinen, längst vergessenen Wohnsiedlung in Guangzhou, denn die Stadt entwickelt sich Richtung Osten. Liede, ein Dorf am Pearl River, das lange Zeit für ein Fest bekannt war, das jährlich gefeiert wurde, wenn der Fluss über die Ufer trat und die Gassen überflutete, wird in Kürze verschwunden sein, weil es den neuen Hochhäusern mit Luxusapartments weichen muss, damit das, was die Stadt stolz „Pearl River New Town“ nennt, dort wachsen kann. Das Argument für Aus- und Umsiedlung lautet wie immer: Alles wird besser. Die Stadtverwaltung von Guangzhou klassifizierte die Siedlung als total heruntergekommenen Ort und deklarierte deshalb das Schicksal von Liede als Slumsanierung. Asoziales Verhalten und Kriminalität seien an der Tagesordnung gewesen, wird behauptet, und so könnten die Bewohner nur froh sein, den Ort zu verlassen, um anderswo eine bessere Bleibe zu finden.

Doch für die Menschen, die wenige Wochen vor der Zerstörung am Ufer des Flusses ihr Fest begingen, war Liede weder hässlich noch gefährlich. Die dichte, etwas altmodische Bebauung mit kleinen Apartmenthäusern war entstanden, lange bevor es so etwas wie Bauvorschriften gab oder die Forderung, die Breite der Gassen müsse autotauglich sein. Gewiss war Liede planlos und viel zu eng bebaut worden und inzwischen überbevölkert. Die Balkone der einander gegenüberliegenden dreigeschossigen Häuser stießen praktisch aneinander, so dass die engen Gassen fast immer verschattet waren und die Bewohner ihre heimlichen Affären leben konnten, ohne je die Wohnung zu verlassen. Andererseits aber boten die kleinen, aufwandslosen Wohnungen auch vielen Neuankömmlingen die Chance, sich in einer Stadt niederzulassen, in der die Wohnungskosten inzwischen unerschwinglich geworden waren. In Liede gab es Läden, Bäckereien, Märkte, Restaurants und genau das Straßenleben, welches die Stadt, als sie noch Kanton hieß, vor Zeiten berühmt gemacht hatte.

Auf einer Bank am Fluss traf ich einen dünnen alten Mann in einem zerknautschten fleckigen Trainingsanzug, der darüber nachdachte, wie es denn in den dreißig Jahren, die er hier am Ort verbracht hatte, gewesen sei, und der kam zu dem Schluss: „Ganz egal, was die da oben sagen, hier gibt es keinen, der gerne wegzieht“, sagte er und nahm einen tiefen Zug aus seiner Zigarette. „Aber was sollen wir tun.“ Beim Sprechen stieß er



Rauch aus. Der blieb noch sekundenlang in der feuchten Luft über dem Flussufer hängen. Dann verschwand auch der, so wie die Nachbarn auf ihren Fahrrädern mit ihrem auf dem Gepäckträger geschnürten Habe schon am Horizont verschwunden waren. Was aber hat Liede Village zu einem Slum gemacht? Die Häuser sind noch immer standfest und bewohnbar, es gab Elektrizität, Wasser- und Abwasserleitungen. Arm war man hier schon, aber auf keinen Fall verzweifelt, die Siedlung war vielleicht chaotisch, aber nicht überbelegt, zweifellos altmodisch, aber nicht baufällig. Ihre Bewohner mochten es, hier zu leben, die meisten übrigens viele Jahrzehnte lang.

Warum also die Bezeichnung Slum? Laut Wörterbuch ist Slum ganz einfach eine überbelegte Nachbarschaft mit schlechten Wohnbedingungen. Aber die Bezeichnung ist längst angereichert mit negativen emotionalen Beiwerten wie Vernachlässigung, Schmutz, Krankheit, Gefahr, Verzweiflung, Entwürdigung, Kriminalität, Abscheu, Angst. Erst wenn man ein Dorf, eine Gemeinde, eine Siedlung als Slum bezeichnet, wird daraus ein Ort im Abseits.

Ähnlich erging es der Gemeinde Dharavi in Mumbai mit immerhin rund einer Million Einwohnern, die unter der Bezeichnung „der größte Slum Asiens“ gehandelt wird. Das Gleiche gilt für Kibera in Nairobi in Kenia, eine Lehmhützensiedlung mit zwischen 500.000 und einer Million Bewohnern, die als

„der größte Slum der Sub-Sahara“ bezeichnet wird. Und was ist mit Rocinha, der am weitesten urbanisierten Favela von Rio de Janeiro, die heute fast ausschließlich aus Beton- und Ziegelhäusern besteht und wo die Versorgung mit Elektrizität und Wasser gar keine Frage mehr ist? An ihren Gassen reihen sich Geschäfte auf, zum Teil sind es dieselben Ketten, die auch die nahe gelegenen Luxusviertel bedienen. Trotzdem gilt Rocinha weiterhin als „der größte Slum der Stadt“.

Was folgt daraus? Slum ist ein durch und durch pejorativer Begriff. Die negativen Gefühle und Urteile werden von außen an ihn herangetragen. Wird eine Nachbarschaft als Slum bezeichnet, gerät sie automatisch ins Abseits. Ein Slum ist wie eine Metapher für alles, was die Leute, die nicht im Slum leben, meinen fürchten zu müssen. Wenn man einen Ort als Slum bezeichnet, ruft man zugleich alle moralischen Werte und Prinzipien auf den Plan, die die Leute außerhalb des Slums miteinander verbinden und die anscheinend von den Bewohnern des Slums nicht geteilt werden. Slum bedeutet gar nichts, sagt aber unendlich viel aus. Jeglicher Unterschied wird vernachlässigt, es wird verallgemeinert. In diesem Fall verfälscht die Verallgemeinerung fast alles, was wirklich ist.

Wir waren zu viert, als wir uns in den kleinen Raum drängten und unsere Knie an dem schmalen Tisch stießen, der als Teetablett, Nachttisch und improvisierte Ablage für Teller und

**Nur ein einziges Haus steht noch auf dem Baugelände für ein Wohn- und Geschäftsviertel im Weichbild von Guangzhou, dem früheren Kanton, Südchina. Die meisten der früheren Bewohner akzeptierten eine Abfindung oder eine Ersatzwohnung. Einzig Pan Weye, Eigentümer eines Apartments, verweigert sich auch drei Jahre nach der Absiedlungsverfügung der Stadtverwaltung und einem entsprechenden Gerichtsbeschluss, das Haus zu verlassen.**

Foto: Joe Tan/Reuters



**Kibera, ein Stadtteil von Nairobi, der Hauptstadt Kenias, wird oft als der größte Slum der „Sub-Sahara“ bezeichnet. In den Hütten aus Lehm und Blech leben Menschen aus allen Schichten: Schüler, Studenten, Lehrer, Tagelöhner und Millionäre. Squatter-Siedlungen sind genauso gemischt wie jede andere Wohnsiedlung irgendwo auf der Welt.**

Foto: Manuel Herz

Tassen diente. Elocy Kagwiria Murungi strich ein Streichholz an und entzündete eine Lampe und einen kleinen Kerosinkocher, auf dem sie die Mahlzeiten zubereitet. Das flackernde Licht wurde von den Wellblechwänden zurückgeworfen und erzeugte dramatische Schatten auf unseren Gesichtern wie auf den armseligen Besitztümern rundum. „Ich bin wie eine Maus“, sagte Elocy, die in ihrem Ein-Raum-Reich auf der Bettkante saß und einen Topf spülte. „Und ich verhalte mich wie eine Maus. Ich grabe mich ein und scharre mich wieder aus.“

Wie viele ihrer Nachbarn war Elocy ohne jeden Besitz nach Kibera gekommen, in die größte Lehmhützensiedlung von Nairobi. Alles, was sie mitbrachte, war ihre Bereitschaft zu arbeiten. Zuerst meinte sie, Kibera wäre furchtbar, entsetzlich, grässlich, einer Kloake ähnlicher als einer Siedlung. Aber es war der einzige Ort, den sie sich leisten konnte. Sie begann damit, für ein paar Schillinge auf der Straße Briefpapier zu verkaufen. Dann wurde sie Tellerwäscherin in einer Kneipe und verdiente dabei ein paar Schillinge mehr. Heute ist sie Lehrerin an einer Schule für Straßenkinder. Die Bezahlung ist nicht hoch, aber ihre Aufgabe ist wichtig und fordert sie heraus. Hier in Kibera, einem Ort, der als Slum apostrophiert wird, hat Elocy ihr Leben konsolidiert und neue Hoffnungen für sich und ihren Sohn Collins geschöpft. Was überrascht, ist, dass diese mutige, intelligente und hart arbeitende Frau und Mutter sich als Schmarotzer bezeichnet.

Tagtäglich verlassen rund 200.000 Menschen ihre ländliche Heimat und wandern in die Städte. Sie suchen Arbeit, genauso wie Elocy, und meist haben sie sogar Glück. Eine Behausung zu finden ist indessen viel schwerer. Also bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das zu tun, was Immigranten seit eh und je tun: Sie ziehen in bestehende Gemeinden wie Liede Village, oder sie nehmen sich Land, das ihnen nicht gehört, und bauen dort selbst. Es gibt heute rund eine Milliarde Squatter (illegale Ansiedler) überall auf der Welt, grob gerechnet ist jeder Sechste auf diesem Planeten ein Squatter. Und ihre Zahl wächst weiter. Die Hochrechnungen von heute sagen für 2030 zwei Milliarden Squatter voraus, für 2050 drei Milliarden. Umgerechnet hieße das, mehr als jeder Dritte wäre ein Squatter. Squatter rühren mehr Beton an als alle Projektentwickler zusammen und verbauen mehr Backsteine als jedwede Regierung. Squatter sind, was den Wohnungsbau betrifft, die größten Bauherren der Welt.

Wenn man es genau nimmt, erwachsen die Städte von morgen aus den Lehmhützensiedlungen von gestern. Die Behausungen kann man zunächst kaum Wohnungen nennen und bauliche Strukturen schon gar nicht, wir sprechen von Pappwänden und Plastikplanen oder von Wellblechdächern über einem Tragwerk aus Stöcken, das durch Bindfäden zusammengehalten wird. Die meisten Regierungen lehnen es schlichtweg ab, Neuankömmlingen in solchen Siedlungen zu helfen. Das pri-

vate Kapital ist ohnehin nicht interessiert. Also müssen die Bewohner sehen, wo sie bleiben. Oft genug besorgen sie sich illegal Wasser und Elektrizität, was manchmal mit hohen Kosten für sie verbunden ist. Mit der unzureichenden sanitären Versorgung arrangieren sie sich, so gut es geht. Doch die Squatter bauen und verändern und reißen wieder ab und bauen wieder auf und tun alles, um ihre Siedlung für sich und andere auf Dauer zu erhalten. Die Welt nimmt von alledem wenig Notiz und wird sich auch kaum daran erinnern. Doch irgendwann weichen die Pappwände, Holzpfähle treten an ihre Stelle, den Holzpfählen folgen Zementpfosten, und irgendwann wird alles verputzt. Ganz am Ende genügt auch das nicht mehr, und man beginnt den Wiederaufbau mit Backstein und Beton. Um einigermaßen zu verstehen, wie solche Gemeinschaften funktionieren, gilt es, einige der Mythen zu zerstreuen, die sich um das Leben in den Shantytowns der Welt ranken.

#### **Mythos 1: Slums versinnbildlichen menschliches Leiden**

Ein häufig zitiertes Missverständnis. Natürlich gibt es Siedlungen, die quasi im Schlamm stecken geblieben sind. Aber es gibt andererseits auch viele Nachbarschaften, die von Squatter ins Leben gerufen wurden und die auf eine Art und Weise gewachsen sind, die kaum von der legalen Siedlungen zu unterscheiden ist. Reden wir mit Jose Gerardo Moreira, den seine Freunde Zezinho nennen und der eine Erfolgsstory als Squatter zu erzählen hat. Vor drei Jahrzehnten kam er nach Rocinha, was als eine der größten und am weitesten urbanisierten Favelas von Rio de Janeiro gilt. Er kam mit nichts. Heute belegt sein bescheidenes Unternehmen (er verkauft Früchte) drei Geschosse in einem Townhouse, das über Wasser, Elektrizität und Seeblick verfügt. Und die Gemeinde selbst, die an einem steilen Hügel des Two Brothers Mountain zwischen den beiden reichen Gemeinden Gavea und São Conrado angesiedelt ist, belegt, dass es auf der Welt viele Gründungen von Squattern gibt, die sich à la longue als adäquate Stadterweiterungen erweisen.

Rocinha fing, wie die meisten Squatter-Siedlungen, klein an. In den fünfziger Jahren gab es nur ein paar versprengte Häuser im Schatten der Berge, und das Ganze war einem Camp ähnlicher als einer Siedlung. Die Waldbewohner hatten sich ein ungeschriebenes Gesetz gegeben: keine festen Bauten, welcher Art auch immer. Für Jahrzehnte lebten die Familien also in Holz- oder Lehmhütten. Wasser lieferte ihnen der steile Hügel, und wenn sie Glück hatten, gelang es ihnen, illegal Elektrizität aus weit entfernten Überlandleitungen zu zapfen. Erst als die Gemeinde weiter wuchs, begannen die Leute, sich als Teil der Stadt zu sehen, und erst dann, so Zezinho, fingen sie an zu bauen. Was sie bauen, sieht ziemlich wild aus, die Ziegelsteine liegen schief und krumm und stehen vor, es gibt halbfertige Betondecken und Wände, die im Nichts enden und aus denen Bündel von Bewehrungsstählen in den blauen Himmel wachsen. Die Häuser sehen so aus, als reckten sie sich nach der

Sonne, sie bedrängen einander und nehmen sich gegenseitig Licht und Luft weg. Von weitem sieht es so aus, als gäbe es weder Straßen noch Höfe, noch irgendeine Art von Abgeschiedenheit. Es sieht aus wie in einem von Menschen bewohnten Bienenstock.

Rocinha hat heute 150.000 Einwohner. Die Holz- und Lehmhütten sind verschwunden. Jedes der Häuser ist an die Wasserversorgung angeschlossen. Nachdem sie erkannt hatten, dass Rocinha eine permanente Ansiedlung ist, haben die örtlichen Behörden Stromleitungen gelegt und jeden, der diesen Service nutzt, zur Installation eines Zählers verpflichtet. Rocinha erweist sich sogar als ertragreicher Boden für Geschäfte aller Art, denn inzwischen haben einige der großen brasilianischen Ladenketten dort Filialen eröffnet. Antonia Ramos lebt in der Favela und braucht sie nicht einmal zu verlassen, wenn er zur Arbeit geht: Er bedient an der Theke einer Konditorei inmitten der Favela. „Wer in Rocinha lebt, hat keinen Grund, es zu verlassen“, sagt er, „hier gibt es alles.“

#### **Mythos 2: Jeder, der in einem Slum wohnt, ist verarmt**

Obwohl die Bedingungen in einigen der Squattersiedlungen nicht die besten sein mögen, sind sie keinesfalls eine Ansammlung aller Übel, die die Welt kennt. Denken wir an Elocy in Kibera. Trotz härtester Bedingungen – kein Wasser, keine Entsorgung, keine Sanitäranlagen – hat sich eine kommerzielle Struktur entwickelt, von der man leben kann und die von Tag zu Tag weiter wächst. Tausende von kleinen Unternehmen siedeln entlang der verschlammten Straßen: eine wilde Mischung aus Supermärkten, Friseurläden, Kliniken, Schulen, Telefonzentralen und Kirchen. Es gibt Schneidereien, die mit mechanischen Nähmaschinen und kohlebeheizten Bügeleisen arbeiten. Neben den schmutzigen Gassen breiten Verkäufer Decken aus, um anzubieten, was sie entbehren können.

In den Hütten aus Blech und Lehm von Kibera leben Menschen aus allen Schichten. Während meines Aufenthaltes dort habe ich Leute getroffen, die vorher Lehrer, Sozialarbeiter, Rechtsanwaltsgehilfen, Fabrikarbeiter oder Verkäufer waren. Ich traf Christine Nduku, eine alleinstehende Mutter, die in einer ziemlich vergammelten Lehmhütte wohnt, obwohl sie eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung in Downtown besitzt. Ich traf Maria Katheu David und Michael Owaga Obara, die für den Stadtrat von Nairobi arbeiten und dennoch in Kibera wohnen, obwohl dessen Existenz vom Stadtrat nicht zur Kenntnis genommen wird. Ich traf Joachim Maanzo, der, obwohl er schon ein juristisches Examen abgelegt hat, in einer Bäckerei arbeitet, weil er nicht das Geld für die Studiengebühren hat und deshalb kein Diplom machen kann. Sie alle leben ganz einfach deshalb in Kibera, weil eine Wohnung in einer legalen Siedlung für sie unerschwinglich wäre. Für das billigste Apartment in einem der miesesten Viertel von Nairobi werden 2500 bis 3000 Kenia-Schillinge pro Monat verlangt (umgerechnet zwischen 20 und

30 Euro). Trotz ihrer vergleichsweise anständigen Gehälter ist das zu viel (beim Stadtrat verdient man als Büroangestellter um 5000 Schillinge, also etwa 45 Euro). Ein Raum in einer Lehmhütte in Kibera dagegen kostet zwischen 6 und 12 Euro. Deshalb sind auch eher gut situierte Familien gezwungen, in Kibera zu wohnen, damit ihnen genug fürs Essen und für die Hoffnung bleibt, sie könnten mit dem gesparten Geld ihre Kinder eines Tages auf die Highschool schicken (die in Kenia 20.000 Schillinge pro Semester kostet).

Wen ich außerdem in Kibera traf, war ein Squatter-Millionär. Der Mann, der lieber anonym bleiben will, begann seine Karriere damit, dass er ein Fenster in seine Lehmhütte schnitt und Lebensmittel an seine Nachbarn verkaufte. Mit einer Mischung aus Risikobereitschaft und klugem Geschäftssinn hat er seinen winzigen Laden über die Jahre in ein Imperium verwandelt, dessen Aktivitäten weit über die Grenzen der Siedlung hinausreichen, in der er immer noch wohnt. Ihm gehören Supermärkte, Großhandelsketten und noch ein paar andere Unternehmen, mit denen er den offiziellen wie den schwarzen Markt bedient.

Es ist wie überall auf der Welt. Es gibt Squatter als Mieter und Squatter als Vermieter, Squatter als Ladenbesitzer und Squatter als Konsumenten, es gibt Lehrer, die Squatter sind, und es gibt Squatter-Schulkinder. Was ich damit sagen will: Squatter-Siedlungen sind ökonomisch, politisch und sozial genauso gemischt wie jede andere Wohnsiedlung, wo auch immer sie sein mag.

### Mythos 3: Squatter sind Feinde der zivilisierten Gesellschaft und lehnen es ab, dazuzugehören

In fast jedem Land der Welt glauben die mittleren und oberen Schichten, Squatter seien gesetzlose Kriminelle, die mit dem politischen System nichts zu tun haben wollen. Dem ist nicht so. Wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen die Squatter in den ersten Jahren nach ihrer Landnahme leben, ist es eher ein Wunder, dass sie nie aufbegehren. Im Gegenteil, sie arrangieren sich geduldig mit dem System und nehmen jede Gelegenheit wahr, Haus und Siedlung weiter zu befestigen, um so etwas wie einen ständigen Wohnsitz daraus zu machen. Selbst in Südafrika, wo Squatter bis heute verprügelt oder mit Gummigeschossen angegriffen werden, wo die Polizei sie verhaftet, um sie davon abzuhalten, für ihre Rechte zu demonstrieren, geben sich die Bewohner illegaler Siedlungen alle Mühe, um im Rahmen des gegebenen Systems zu agieren. „Wir sind doch Realisten“, sagte S’bu Zikode neulich auf einem der Treffen. Er ist einer der Führer von Abahlalibase Mojongdolo, einer Organisation von Shantytownern aus den ärmsten der armen Siedlungen rund um Durban. „Wir fangen mit dem an, was wir haben, aber wir kämpfen um einen Brückenschlag zwischen Arm und Reich. Wir kämpfen darum, dass diejenigen, die ihre Augen vor der Armut verschließen, die Armut

sehen, wie wir sie sehen, und wir kämpfen darum, dass diejenigen, die nicht sehen wollen, entdecken, welche Kraft in der Armut steckt und was für ein Potential dort verborgen liegt ... Die Armen sind in der Mehrheit, und die Mehrheit beginnt, ihre Stimme zu erheben.“ Was Zikode so wortreich beschwört, stimmt. Die Armen verfügen über Macht. Sie haben die Fähigkeit, ihr Leben zu verbessern. Aber Wortführer wie Zikode wissen auch genau, dass es zwei Bedingungen gibt, von denen es abhängt, ob die illegalen Siedlungen, in denen sie wohnen, prosperieren und sich stabilisieren oder ob sie versumpfen und in Verzweiflung enden.

Erste Bedingung: Was Squatter grundsätzlich brauchen, ist eine Garantie gegen willkürliche Vertreibung. Die Bewohner von Rocinha müssen genauso wie die meisten Bewohner der anderen sechshundert Favelas von Rio de Janeiro keine Angst haben, irgendwann davongejagt zu werden. Auch wenn nichts gesetzlich gefasst ist, hat die Gesellschaft längst akzeptiert, dass die Bewohner der Favelas ein Anrecht auf ihren Besitz haben. Denn nur deshalb investieren sie, denn nur deshalb fühlen sie sich sicher. Ganz anders in Nairobi, wo die Lehmhütten-siedlungen von einer korrupten Provinzregierung kontrolliert werden, die sich von reichen Außenseitern schmieren lässt und Bauten auf Zeit errichtet, die sie dann an die Armen vermietet. Ich fragte einen Beamten in Kibera, was er täte, wenn einer der illegalen Siedler seine Lehmhütte durch einen Bau aus Stein und Ziegel ersetzen würde. Sein Antwort war einfach und vernichtend: „Ich würde verfügen, dass das Haus abgerissen wird.“

Makdul Khan ist ein Schneider in Mumbai, und er versteht ziemlich gut, was es bedeutet, wenn man als Squatter die Sicherheit hat, dass das eigene Haus nicht gefährdet ist. Er zog vor sechszwanzig Jahren nach Geeta Nagar, einer kleinen illegalen Siedlung an der Spitze der Halbinsel Colaba. Zu der Zeit gab es dort weder Wasser noch Strom. Die Hütten waren aus Bambus und Stroh, gedeckt mit den Blättern der Kokospalme. Der Baugrund war schlammig und nass. Khan und seine Nachbarn schleppten Steine vom Strand heran, um den Boden zu befestigen und auf ein gewisses Niveau zu bringen, damit sie Straßen anlegen und ihre Häuser auf ein solides Fundament stellen konnten. So etwas wie Toiletten gab es nicht, die Bewohner hockten sich einfach in das Arabische Meer, das nur einen Block weit entfernt war. Während der ersten zwölf Jahre war Khan nur ein Mieter, und zwar in dem Haus, bei dem er geholfen hatte, es mitzubauen. Anfang der neunziger Jahre kaufte er die Hütte seines Nachbarn für 25.000 Rupien (etwa 350 Euro). Im Verlauf der Jahre investierte er rund 120.000 Rupien (etwa 1700 Euro) und ersetzte die Hütte durch einen Betonbau, wo er heute mit seiner Frau und drei Kindern lebt. Jetzt aber befürchtet er, dass das Haus, das er sich gebaut und das seiner Familie über zehn Jahre treu gedient hat, gefährdet ist. Denn Colaba ist inzwischen zu einem begehrten Ort geworden, und es geht das Gerücht, dass die Regierung



dort entweder einen Hubschrauberlandeplatz für den nahe gelegenen Marinestützpunkt errichten will oder das Gelände, auf dem sein Haus steht, an ein Luxushotel verkaufen wird. „Ich weiß nicht, wo ich hin soll“, sagt Makbul zu mir, als wir oben in seiner sonnigen Küche sitzen, „und ich weiß auch nicht, was ich tun soll. Soll ich weiter investieren, obwohl ich nicht weiß, ob ich bleiben darf? Wir wissen alle, dass das Land hier sehr wertvoll ist, und trotzdem hoffen wir, dass die Regierung mit uns kooperiert.“ Was uns zu dem nächsten Punkt bringt.

Zweite Bedingung: Wenn eine Squattersiedlung erfolgreich überleben will, muss sie sich einen Zugang zur Politik verschaffen. Gleichgültig, ob man damit einverstanden ist oder nicht, Tatsache bleibt, dass die Regierung über alles bestimmt, was das Leben erleichtert. Wenn Shantytowns keinen Kontakt zu Regierung oder Verwaltung pflegen, ist es ihnen kaum möglich, sich zu entwickeln. Rocinha zum Beispiel unterhält enge Kontakte zur Politik. Die Stadtverwaltung hat dort sogar eine Dependance, eine Klinik und eine öffentliche Schule eingerichtet. Im Gegensatz dazu haben die Leute von Kibera, obwohl ihre Siedlung vier Stadtbezirken in gleichen Teilen zuzurechnen ist, keine Verbindung zu den Lokalpolitikern etablieren können. „Ich wohne hier seit sechs Jahren“, sagt Nicodemus Kimanzi Mutemi, „aber einen Stadtverordneten, der sich für Kibera interessieren würde, habe ich noch nie gese-

hen, wer weiß, ob es so einen überhaupt gibt.“ Das ist sicher einer der Gründe, weswegen Kibera so primitiv geblieben ist. Es gibt keine Schiene, auf der politischer Druck ausgeübt werden kann – aber nur dann werden sich die Dinge zum Besseren wenden.

In Mumbai unternehmen die Frauen von Vikas Sagar kleine Schritte, um an der politischen Macht zu partizipieren. Noch leben sie in eingeschossigen Hütten, die in den steilen Hang über der Mahim Bay eingekerbt sind, und noch immer müssen sie darum kämpfen, dass genug Geld da ist, um alles zusammenzuhalten. Doch inzwischen haben sie feste Häuser aus Beton statt aus Lehm. Sie haben mit Ziegeln gepflasterte und mit Zement vergossene Straßen und müssen keine Erosionen mehr fürchten. Und sie haben alle ihre Ersparnisse zusammengeworfen, um über ein gemeinsames Vermögen zu verfügen, das in Form einer kleinen kommunalen Bank jedem, der es nötig hat, nach Prüfung einen Kredit gewährt. Sie haben ihr Leben und das Leben der Gemeinschaft verändert. Wie es ihnen gelungen ist? Anstatt zu protestieren, haben sie sich organisiert. Vikas Sagar ist nur eine winzige Nachbarschaft in Mumbai. Sie etablierte sich vor Jahrzehnten, doch alle neun Frauen, die hier auf dem Boden des Hauses von Mantaz Sadik Shaik sitzen, wissen, dass sie, gleichgültig, wie lange sie schon hier wohnen, in den Augen der Regierung illegale Siedler sind. „Wir müssen selbst die Initiative ergreifen“, sagt Lali Penday, „ge-

**Auf den Dächern von Dharavi lassen Schulkinder ihre Drachen steigen. Die Gemeinde in Mumbai, früher Bombay, hat rund eine Million Einwohner und wird als „der größte Slum Asiens“ oder sogar als „der größte Slum der Welt“ gehandelt. Aufgrund seiner Lage mitten im Zentrum der Metropole ist der Baugrund in Dharavi einer der teuersten weltweit; Immobilienfonds und Real Estate-Unternehmen investieren gewaltige Summen und warten auf den Beginn der „Slumsanierung“.**

Foto: Arko Datta/Reuters

schenkt wird uns nichts.“ Ihre Nachbarinnen nicken. Das war natürlich nicht immer so. Bis vor zehn Jahren etwa waren die Frauen von Vikas Sagar in der traditionellen Hausfrauenrolle gefangen. Kontrolliert durch ihre Männer, kamen sie selten über die Grenzen des Dorfes hinaus. „Als wir anfangen“, erinnert sich Sangita Duby, „waren wir kaum fähig, das Haus zu verlassen. Wir waren Analphabeten und leisteten unsere Unterschrift mit einem Fingerabdruck. Inzwischen haben wir lesen gelernt und können unsere Namen auf Hindu und Englisch schreiben.“ Die Frauen von Vikas Sagar kennen ihre zuständigen Politiker, und, was noch wichtiger ist, die Politiker kennen sie.

Es gibt ein Beispiel in der Türkei, das mir als das beste erscheint, wenn es um die Zusammenarbeit mit politischen Instanzen geht. Ich rede von Sultanbeyli, einer Squatter-Siedlung auf der asiatischen Seite von Istanbul. In ihren Anfängen während der siebziger und achtziger Jahre bestand sie nur aus ein paar verstreuten Hütten. Doch in der Türkei haben die Squatter Rechte. Wem es gelingt, in einer einzigen Nacht für sich ein Dach über dem Kopf zu errichten, kann nicht vertrieben werden, auf jeden Fall so lange nicht, bis ein Gerichtsverfahren eingeleitet ist. „Gecekondu“ heißen die illegal errichteten Häuser auf Türkisch, das heißt übersetzt: „Es geschah in der Nacht.“ Wenn dazu noch eine dieser „über Nacht“ errichteten Siedlungen mehr als 2000 Einwohner nachweisen kann, kann sie den Status einer Gemeinde beantragen und von da an ihre eigene Verwaltung wählen. Heute arbeitet der Bürgermeister von Sultanbeyli in einer klimatisierten Etage in dem siebengeschossigen Rathaus inmitten der Squatter-Siedlung und hat einen bemerkenswerten Stab unter sich: eine Planungsabteilung, eine Abteilung für öffentliche Arbeiten, ein Tiefbauamt und eine Abteilung, die für den öffentlichen Busverkehr zuständig ist. Inzwischen hat die Siedlung 300.000 Einwohner, sie verfügt über Läden, Büros, Restaurants, Banken, Internetcafés, Postämter. Dies alles ist ohne staatliche Zuschüsse gewachsen.

Zu wünschen wäre, dass die Squatter aus aller Welt sich organisieren und um ihre politischen und legalen Rechte kämpfen. Aber Rechte sind, wie wir alle wissen, etwas Abstraktes. Sie sind nur existent, wenn sie in die Tat umgesetzt werden. Das auf dem Papier verbrieftete Recht, zu einer Stadt zu gehören, ist etwas Wundervolles. Aber die existenzielle Frage für einen Squatter ist nicht, ob es dieses Recht gibt, sondern wie man es einfordert, damit sich reale Konsequenzen daraus ergeben. Hier ein Vorschlag: Squatter könnten sich zusammentun und gemeinsam eine Teilhabe an all den Vergünstigungen fordern, die für uns andere selbstverständlich sind: die Versorgung mit Wasser und Strom, mit Kläranlagen und sonstigen städtischen Diensten. Das alles sind Wohltaten, die uns in einer städtischen Gemeinschaft zugemessen werden, einfach deshalb, weil diese Gemeinschaft existiert. Doch den Squattern werden sie vorenthalten, weil man ihre Gemeinschaften, auch wenn

sie schon jahrzehntelang existieren, als illegal und flüchtig definiert. Erst wenn Squatter beginnen, um ihre Rechte zu kämpfen, wird ihre Benachteiligung auch den anderen Stadtbewohnern bewusst. Und wenn sie endlich auch über die Dienstleistungen der Stadt verfügen dürfen, dann werden auch ihre Siedlungen, im wortwörtlichen Sinne, energetischer, wertvoller, legitimer.

Damit ist nicht gesagt, dass Squatter sogleich wunderbare Städte zustande bringen. Veränderungen in solchen Nachbarschaften geschehen graduell, und Organisation ist mitnichten ein Allheilmittel. Ich war Organisator, bevor ich anfang zu schreiben. Ich habe in Hartford in Connecticut und in New York City gearbeitet und weiß, dass es nicht genügt, Leute zusammenzubringen und eine gemeinsame Vorgehensweise zu vereinbaren, um Missstände zu beenden. So schnell geht das einfach nicht. Man kann das, was Jahrzehnte von Desinteresse und Vernachlässigung war, was falsche Strukturprogramme und die korrupte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand angeordnet haben, nicht mit einem Handstreich beenden. Aber haben wir denn eine andere Wahl, als die Hand zu erheben und dem System seine Fehler nachzuweisen?

Ob es sich nun um die entrechteten Bewohner von Kibera oder die terrorisierte Bevölkerung von Sadr City in Bagdad oder in Falludjah handelt, Fakt ist, dass Organisation viel bewirken kann. Wenn die Shantytowns dieser Welt sich zusammentun würden, um zu verlangen, dass man sie an den städtischen Versorgungssystemen partizipieren lässt, werden sie im ersten Anlauf vielleicht nur ein paar öffentliche Brunnen, einige wenige Stromnetze und ein Stück Abwasserleitung erzwingen. Aber selbst solche kleinen Verbesserungen wären ein enormer Gewinn. Jede Wasserleitung, jeder Strommast, jede Betonröhre, durch die das Abwasser fließt, zeigt, dass die Siedlung Kraft bekommt, Kraft, um unabhängig zu handeln, unabhängig von korrupten politischen Stimmungsmachern, unabhängig von Repression und der Gewalt des Militärs. Diese Kraft würde Veränderungen bewirken. Und wenn das zähe Ringen über Jahre anhält, können die illegalen Siedlungen Schritt um Schritt die Rechte erwerben, die jedem Bürger sonst auch garantiert werden. Das lose Versprechen, „auch Squatter haben ein Recht auf die Stadt“, würde umgesetzt in Realität, und die Siedlungen würden gewissermaßen beiläufig zu einem Teil der Stadt.

Was ich hier beschreibe, unterscheidet sich nur wenig von dem, was der ehemalige Präsident der Weltbank, James D. Wolfensohn, im Februar 2003 in seiner Rede vor der Oxford University formuliert hat. Es gibt allerdings einen gravierenden Unterschied: Wolfensohn glaubt, dass die Weltbank und andere globale Institutionen als Katalysatoren für Veränderung unanfechtbar seien. Er glaubt daran, dass es bestimmter Handlungsweisen von oben bedarf, um in den Entwicklungsländern eine bodenständige Veränderung einzuleiten.



Aber: Die Weltbank kann weder Wasser noch Strom, weder Abwasserleitungen noch Erschließungsmaßnahmen in dem Maße verordnen, wie es hier erforderlich ist. Es geht um Hunderte von Millionen Menschen auf einen Schlag. Was wirklich nötig ist, das können nur die Squatter selbst bewerkstelligen.

Wenn die Welt auf diesem Weg ein Stück vorankommen will, müssen wir uns in einer Sache schuldig bekennen: Über all das ist schon viel zu lange gesprochen worden. Vor dreißig Jahren hielten die Vereinten Nationen erstmalig eine Konferenz ab über „Habitat“. Die Leute, die damals zusammengekommen waren, waren in Sorge um die Zukunft unseres Planeten, denn die Tatsachen sprachen Bände, schon damals. Ich zitiere eine weit verbreitete Statistik, die ich dem Buch von Barbara Ward entnommen habe, das im Nachgang der damaligen Konferenz veröffentlicht wurde: „Eine Reihe von amerikanischen Untersuchungen beziffert die Zahl der Wohnungen, die gebaut werden müssten, um mit den wachsenden Bevölkerungszahlen Schritt zu halten und die größten Missstände der Vergangenheit zu beseitigen, auf 47 Millionen pro Jahr.“ Dazu ein Zitat aus einer jüngeren Untersuchung, die unter dem Titel „Financing Urban Shelter“ von dem Global Report of Urban Settlements 2005 veröffentlicht worden ist: „Um den Zuwachs an Haushalten in den nächsten fünfundzwanzig Jahren zu bewältigen, müssten 35,1 Millionen Wohnungen pro Jahr gebaut werden.“

Die Regierungen der Welt kennen die Dimension des Problems. Seit dreißig Jahren spricht man darüber. Zur gleichen Zeit verjagt man die Squatter, zerstört ihre Häuser, vernichtet ihre Habeseligkeiten. Es ist höchste Zeit, die Gespräche zu demokratisieren und die illegalen Siedler nicht als Feinde zu betrachten. Einmal mit am Tisch, könnten Squatter die einfache, gerechte Forderung erheben, dass sich alle Non Government Organizations mit der Weltbank auf eine einzige Klausel einigen: Kein Land, das die Zerstörung illegaler Siedlungen anordnet oder auch nur zulässt, sollte je einen Pfennig Entwicklungshilfe kasieren. Eine Hütte ist kein Gegenstand, sondern ein Behältnis für Träume vom Leben. Für die Familie, die darin wohnt, ist sie der ganz besondere, gewissermaßen magische Ort. Deshalb ist Vertreibung ein Verbrechen. Die Squatter der Welt, die so oft schon verleumdet wurden, dürfen eine Geste des guten Willens verlangen, die ein für alle Mal ihre Kriminalisierung aufhebt. Sie sollten sich darauf verlassen können, dass Regierungen, die ihre Rechte mit Füßen treten, ihr Anrecht auf eine Förderung durch die Weltgesellschaft verwirken.

Denn illegale Siedlungen sind, anders als die chinesische Regierung es im Falle von Liede verlautbaren ließ, keine Slums. Und ihre Bewohner auch keine Schmarotzer, wie Elocy, als sie ihr Leben in Kibera beschrieb, so nebenbei bemerkte. Noch einmal: Squatter haben den größten Anteil am Wohnungsbau in der Welt, und sie werden in Zukunft unsere Nachbarn sein.

Ein Touristenpaar aus den USA und den Niederlanden blickt von einem Balkon auf Rocinha, die größte Favela von Rio de Janeiro. Begleitende Touren durch Ortskundige gehören zu Rios heißesten Geheimtipps und sind mittlerweile fast so beliebt wie die Ausflüge auf den Zuckerhut und zur Christusstatue. Rocinha ist heute weitgehend urbanisiert, hat rund 150.000 Einwohner und erweist sich als ertragreicher Boden für Geschäfte. Die großen brasilianischen Ladenketten haben dort Filialen eröffnet, desgleichen Pizza Hut und Kodak.

Foto: Bruno Domingos/Reuters